



Der Vorsitzende des
Ausschusses für Mobilität
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schlossplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-3738
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Baldus
E-mail: Johannes.Baldus@wiesbaden.de

Wiesbaden, 21.08.2025

1. Den Mitgliedern des Ausschusses für Mobilität
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Herrn Stadtverordnetenvorsteher

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Ausschusses für Mobilität
am Donnerstag, 28. August 2025, um 17:00 Uhr,
Rathaus, Raum 22 (EG), Schlossplatz 6, Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung I

1. Genehmigung der Niederschrift vom 12.06.2025

2. 25-F-63-0029

DL 15/25-3

Erhalt von Kopfsteinpflaster-Straßenbelägen und deren barriereärmere und radfreundlichere Aufarbeitung

- Antrag der Fraktionen Die Linke, Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 29.04.2025 -

Präsentation durch Dezernat V

Eingebrachter Antrag aus der Sitzung vom 12.06.2025:

3. 25-F-15-0028

Linksabbiegerspur am Dürerplatz öffnen

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 03.06.2025 -

Der Ausschuss für Mobilität wird gebeten zu beschließen:

Der Magistrat wird gebeten:

Am Dürerplatz die Linksabbiegerspur von der Aarstraße kommend stadteinwärts so zu öffnen, dass ein sogenannter 'U-Turn' in die andere Richtung der Aarstraße (stadtauswärts) wieder möglich ist.

Anträge zur Sitzung am 28.08.2025

4. 25-F-22-0074

DIGI-V

- Antrag der Fraktionen CDU und FDP vom 20.08.2025 -

Das Projekt DIGI-V wurde mit erheblichem finanziellem und öffentlichem Engagement realisiert. Das Ziel bestand darin, die innerstädtische Mobilität mithilfe digitaler Verkehrslenkung nachhaltig, effizient und umweltbewusst zu optimieren. Obwohl das Projekt technisch abgeschlossen erscheint, herrscht bei zahlreichen Bürgerinnen und Bürgern Unklarheit hinsichtlich des realen Nutzens, der Effektivität und der Kostenaufstellung.

Es ist unerlässlich, eine gründliche Analyse und eine kritische Betrachtung der bisherigen Auswirkungen des Systems vorzunehmen, um das Projekt zu optimieren und zukünftige Digitalisierungsinitiativen strategisch zu lenken.

Der Ausschuss für Mobilität möge daher beschließen:

Der Magistrat wird gebeten, zu berichten,

1. Stand der Umsetzung:

- a) Welche technischen Komponenten des DIGI-V-Projekts (z. B. Sensoren, Ampelanlagen, Kameras, Umweltmessstationen) sind derzeit in Betrieb?
- b) Ist die technische Installation vollständig abgeschlossen oder sind noch zusätzliche Elemente erforderlich?
- c) Sind die bereits installierten Elemente noch auf dem aktuellen technischen Stand und in welchem Zeitrahmen ist mit einem Austausch zu rechnen?
- d) Was sind die Gründe dafür, dass eine volle Funktionsfähigkeit nach vielen Jahren der Inbetriebnahme noch nicht hergestellt ist und wurden hierzu ggf. Schadensersatzansprüche, bzw. Vertragsstrafen gegenüber den Anbieterfirmen geltend gemacht?

2. Ausblick und Weiterentwicklung:

- a) Wie ist der aktuelle Stand bei den verknüpften Projekten DIGI-L (Logistiksteuerung) und DIGI-P (Parkraummanagement)?
- b) Gibt es einen Zeit- und Entwicklungsplan für die Optimierung oder Ausweitung von DIGI-V auf neue Anwendungsbereiche (z. B. KI-gestützte Ampelsteuerung, Fußgängerdetektion, multimodale Verkehrslenkung)?

- c) Wirksamkeit und Zielerreichung:
Gibt es belastbare Evaluierungen zur Wirksamkeit des Systems hinsichtlich:
 - Verbesserung des Verkehrsflusses (z. B. mittlere Reisezeiten, Stauentwicklung)?
 - Luftqualitätsentwicklung (NO₂, Feinstaub)?
 - Priorisierung des ÖPNV und Radverkehrs?
 - d) Welche quantitativen Vergleichsdaten existieren vor und nach der DIGI-V-Inbetriebnahme?
3. Bürgerperspektive und Transparenz:
- a) Welche Rückmeldungen von Bürgerinnen und Bürgern liegen zur Nutzerfreundlichkeit und zur erlebten Verbesserung der Verkehrssituation vor?
 - b) Welche Informationsangebote macht die Stadt zur Funktionsweise und Wirkung von DIGI-V? Werden diese regelmäßig aktualisiert?

5. 25-F-63-0055

Zentralisierung des städtischen Mängelmeldesystems

- Antrag der Fraktionen Volt, Bündnis 90/Die Grünen, SPD und Die Linke vom 20.08.2025 -

Ein funktionierendes Mängelmeldesystem ist eine wichtige Schnittstelle zwischen Bürger:innen und Verwaltung, insbesondere auch im Bereich der städtischen Mobilitätsinfrastruktur. In Wiesbaden existieren verschiedene Meldesysteme und Zuständigkeiten. Diese Zersplitterung führt zu einer Unübersichtlichkeit für die Bürger:innen, erhöht den Verwaltungsaufwand und begünstigt Doppelmeldungen oder Fehlleitungen. Dies wirkt sich negativ auf Bearbeitungszeiten und Nachverfolgung des Meldestatus aus.

Die Zentralisierung aller relevanten Mängelmelder auf einer einheitlichen, modernen Plattform schafft deutliche Vorteile. Bürger:innen müssen nicht mühsam den richtigen Mängelmelder finden, sondern können sich unabhängig vom Themenfeld einfach und niedrigschwellig melden. Ein zentrales System ermöglicht der Verwaltung, Meldungen effizient zu erfassen, zu priorisieren und zu bearbeiten.

Ein transparentes, niedrigschwellig zugängliches und technisch zeitgemäßes Mängelmeldesystem stellt ein wesentliches Instrument zur Stärkung der Bürgerbeteiligung und zur Verbesserung der Instandhaltung städtischer Infrastrukturen dar.

Darüber hinaus eröffnet ein zentral geführtes System die Chance, Daten strukturiert auszuwerten und strategisch zu nutzen, beispielsweise zur Priorisierung von Investitionen oder zur vorbeugenden Instandhaltung.

Durch eine zentrale Plattform können Rückmeldungen besser gebündelt, verarbeitet und ausgewertet werden. Transparenz und Servicequalität werden deutlich gesteigert. Zudem entsteht die Möglichkeit, Ressourcen in der Verwaltung effizienter einzusetzen. Um all diese Potenziale voll auszuschöpfen, ist eine strukturierte Zentralisierung notwendig.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

1. darzustellen, in welcher Form die bestehenden Meldesysteme der Landeshauptstadt Wiesbaden derzeit genutzt werden und welche Meldesysteme bei den verschiedenen Fachbereichen/Organisationseinheiten in Betrieb sind.
2. eine Zentralisierung und nutzer:innenfreundliche Weiterentwicklung der bestehenden Mängelmeldesysteme zu prüfen (insbesondere eine Implementierung in die App "Sauberes Wiesbaden") mit dem Ziel
 - a. die Nutzung durch Bürger:innen signifikant zu steigern,
 - b. die interne Bearbeitung zu optimieren sowie

- c. die gesammelten Daten systematisch für die infrastrukturelle Planung und Instandhaltung zu verwenden,
 - d. die Kosten für das Betreiben verschiedener Mängelmeldesysteme zu minimieren und das Ergebnis vorzustellen.
3. eventuelle zusätzliche Kosten für den Haushalt anzumelden.

6. 25-F-22-0075

Superblocksonntage begrenzen - Quartiersfrieden und Kompromisse statt Blockade

- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 20.08.2025 -

Die sog. Superblock-Sonntag im Rheingauviertel haben zu einer größeren Missstimmung unter den Anwohner im entsprechenden Gebiet geführt. Insbesondere die gesteigerte Anzahl der geplanten - aber später nur teilgenehmigten Veranstaltungen hat Protest ausgelöst. Hinzu tritt der Umstand, dass nach Beobachtung der Anwohner die entsprechenden Veranstaltungen nur mäßig besucht waren. Vor diesem Hintergrund erscheint eine deutliche Begrenzung dieser Veranstaltung angemessen. Dabei ist auch zu beachten, dass die Hauptfunktion einer Straße die Gewährleistung des Verkehrsflusses ist. Veranstaltung, wie ein gemeinsames Frühstück und Ähnliches können auf dem nahe gelegenen Wallufer Platz stattfinden.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

1. Der Ausschuss für Mobilität spricht sich für die Begrenzung der Genehmigung der sog. Super-Block Sonntage auf einen Superblock-Sonntag pro Jahr aus. Dieser soll vorzugsweise in der Ferienzeit stattfinden, wobei auf eine ausreichende Information der Anwohner zu achten ist, damit es nicht mehr zu Abschleppvorgängen in einem evtl. gesperrten Bereich kommen muss.
2. Weitergehende Veranstaltungen, die aktuell an den sog. Superblock-Sonntagen stattgefunden haben, sollen auf dem Wallufer Platz stattfinden.

7. Abbiegen am Landeshaus

7.1 25-F-15-0033

Abbiegespur am Landeshaus dauerhaft öffnen

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 19.08.2025 -

Im Zuge des Wasserrohrbruchs am Gustav-Stresemann-Ring wurde die Möglichkeit des Rechtsabbiegens am Landeshaus wiederhergestellt.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird aufgefordert:

Die Rechtsabbiegespur für den Autoverkehr auf dem Kaiser-Friedrich Ring am Landeshaus in Richtung Biebrich dauerhaft offen zu lassen. Auch wenn die Bauarbeiten und Sperrungen am Gustav-Stresemann-Ring beendet sind.

7.2 25-F-22-0076

Dauerhafte Öffnung der Rechtsabbiegemöglichkeit am Landeshaus

- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 20.08.2025 -

Seit der Einführung der sog. „Umweltspur“ im Jahr 2020 ist ein Abbiegen vom 1. Ring auf die Biebricher Allee über die Straße „Am Landeshaus“ aus der Richtung Dürerplatz kommend nicht mehr möglich, was zu erheblichem Stau und zusätzlichen Verkehrs- und Umweltbelastungen führt.

Nach dem neuerlichen Wasserrohrbruch auf dem 1. Ring war es nun kurzfristig möglich die entsprechende Rechtsabbiegemöglichkeit zu öffnen und damit Verkehrs- und Umweltbelastungen erheblich zu reduzieren. Diese Maßnahme wurde bislang von der Linkskooperation abgelehnt und stattdessen eine umfassende und kostspielige Untersuchung verschiedener Möglichkeiten beauftragt. Durch die nun vorgenommene Regelung ist ersichtlich geworden, dass die Öffnung des Rechtsabbiegers am Landeshaus unproblematisch und kurzfristig realisiert werden kann. Dabei sollte es bleiben.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Beschluss Nr. 0026 des Ausschusses für Mobilität vom 20.03.2025 wird aufgehoben.
2. Der Ausschuss für Mobilität und die Stadtverordnetenversammlung sprechen sich für die Beibehaltung der nun geöffneten Rechtsabbiegemöglichkeit am Landeshaus durch Verkürzung der sog. Umweltspur an dieser Stelle aus.
3. Der Magistrat wird um Umsetzung des Punktes 2. gebeten.

8. 25-F-22-0077

Verkehrsversuch Rheinufer

- Antrag der Fraktionen FDP und CDU vom 20.08.2025 -

Der Antragstext wird nachgereicht.

9. 25-F-15-0034

Kontrolle von E-Tretrollern in Wiesbaden

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 19.08.2025 -

Im vergangenen Jahr wurden seitens des Magistrates und der Verwaltung dem Ausschuss verschiedene Versionen über die Handhabung von Kontrollen von E-Tretrollern und ihren Fahrern mitgeteilt. Daher sollte man für Aufklärung sorgen, in welcher Weise die Stadt nun wirklich in dieser Angelegenheit vorgeht.

Der Ausschuss für Mobilität möge daher beschließen:

Der Magistrat möge berichten:

1. In welcher Weise werden E-Tretrollerfahrer in Wiesbaden kontrolliert, insbesondere bezüglich des Fahrens auf dem Bürgersteig, dem Fahren mit mehreren Personen auf einem Gerät und der Einhaltung der Altersgrenze?

2. Sind die entsprechenden Mitarbeiter angewiesen, begangene Ordnungswidrigkeiten entsprechend zu ahnden, falls nein wieso nicht?

10. 25-F-15-0035

Kontrollen und Verwarnungen für Fahrzeuge mit ausländischem Kennzeichen im ruhenden Verkehr

- Antrag der Fraktion FWG/Pro Auto vom 19.08.2025 -

In einer E-Mail an Amt 16 schrieb ein Bürger, dass bei der Kontrolle des ruhenden Verkehrs Ordnungswidrigkeiten von Fahrzeugen mit ausländischen Kennzeichen nicht geahndet würden und brachte seinen Unmut darüber zum Ausdruck.

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten zu berichten:

1. Stimmen die von dem Bürger erhobenen Vorwürfe, und wenn nein, wie viele Bußgeldverfahren wegen Verkehrsordnungswidrigkeiten im ruhenden Verkehr in Wiesbaden wurden gegen Halter von Fahrzeugen mit ausländischen Kennzeichen in diesem und in dem vergangenen Jahr geführt?
2. Gibt es spezielle Anweisungen seitens der Behördenleitung, wie die Mitarbeiter vor Ort bei offenkundigen Ordnungswidrigkeiten durch Fahrzeuge mit ausländischem Kennzeichen zu verfahren haben, und wenn ja, wie lauten sie?

11. 25-J-42-0005

Einführung eines stadtweiten Mietradsystems in Wiesbaden

- Antrag des Jugendparlaments vom 26.06.2025 -

Anlage:

Protokollnotiz Nr. 0030 des Jugendparlaments vom 01.07.2025

12. Verschiedenes

Tagesordnung II

1. 25-V-05-0009

DL 16/25-4

Fahrplanwechsel zum 15. Dezember 2025

2. 25-V-05-0012

Schaffung eines vierten Fahrstreifens in der Schwalbacher Straße - Westseite

Hinweis:

Der Magistrat berät hierzu voraussichtlich in seiner Sitzung am 26.08.2025.

3. **25-V-66-0214** DL 15/25-6
Kaiserbrücke, Auffahrspindel für den Radverkehr - Mehrkosten

4. **25-V-66-0305** DL 15/25-7
Bericht zur Verkehrssicherung an Fahrbahnen und Gehwegen in 2024

5. **23-F-63-0011**
Ausbauprogramm Bushaltestellen
- Antrag der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen, SPD, Die Linke und Volt vom 18.01.2022 -
Hinweis:
Der Bericht von Dezernat V vom 10.07.2025 steht im PiWI zur Verfügung.

6. **24-F-63-0115**
Bahnübergang Kastel
- Antrag der Fraktionen SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und Volt vom 07.11.2024 zu
Hinweis:
Der Bericht von Dezernat V vom 04.07.2025 steht im PiWI zur Verfügung.

7. **25-F-40-0002**
Planung der Schienenbaumaßnahmen
- Antrag des Stadtverordneten Kraft zu Tagesordnungspunkt 2.1. vom 08.05.2025 -
Hinweis:
Der Bericht von Dezernat V vom 19.07.2025 steht im PiWI zur Verfügung.

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Kraft
Vorsitzender

LANDESHAUPTSTADT



Jugendparlament

Tagesordnung Punkt 8 der virtuellen Sitzung am 1. Juli 2025

Vorlagen-Nr. 25-J-42-0005

Einführung eines stadtweiten Mietradsystems in Wiesbaden - Antrag des Jugendparlaments vom 26.06.2025 -

Antrag:

Das Jugendparlament der Landeshauptstadt Wiesbaden möge beschließen,

Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten,

ein öffentlich zugängliches Mietradsystem in Wiesbaden einzuführen. Dieses soll möglichst flächendeckend in allen Stadtteilen verfügbar sein und insbesondere an Knotenpunkten des öffentlichen Nahverkehrs, Bildungseinrichtungen, sowie in der Innenstadt eingerichtet werden.

Forderungen im Einzelnen:

1. **Bedarfsanalyse und Konzeptentwicklung:** Die Stadtverwaltung soll eine Machbarkeitsstudie in Auftrag geben, die geeignete Anbieter, mögliche Standorte und ein nachhaltiges Betriebsmodell prüft.
2. **Jugendfreundliche Preisgestaltung:** Es soll ein besonderer Tarif für Schüler*innen, Auszubildende und Studierende eingeführt werden.
3. **Barrierearme Zugänglichkeit:** Die Anmeldung und Nutzung des Systems soll über eine einfache App oder mit einem Schüler-/Stadtpass möglich sein.
4. **Integration mit dem ÖPNV:** Die Mieträder sollen sinnvoll mit bestehenden Bus- und Bahnverbindungen verknüpft werden.
5. **Pilotphase und Evaluation:** Start mit einer Pilotphase in ausgewählten Stadtteilen und anschließender Auswertung zur Weiterentwicklung des Systems.

Begründung:

Ein stadtweites Mietradsystem trägt maßgeblich zur Förderung umweltfreundlicher Mobilität bei und bietet insbesondere jungen Menschen, die oft noch keinen Führerschein besitzen, eine flexible, kostengünstige und klimaschonende Möglichkeit der Fortbewegung innerhalb der Stadt.

Gerade in Anbetracht der notwendigen Verkehrswende und der städtischen Klimaschutzziele sehen wir das Mietradsystem als sinnvolle Ergänzung zum bestehenden ÖPNV-Angebot. Mieträder können die „letzte Meile“ zwischen Haltestelle und Zielort schließen, den innerstädtischen Autoverkehr reduzieren und gleichzeitig zur Gesundheitsförderung beitragen.

Beispiele aus vergleichbaren Städten wie Mainz, Darmstadt oder Frankfurt zeigen, dass solche Systeme erfolgreich funktionieren und gut angenommen werden - auch von Jugendlichen.

Ziel:

Die Stadt Wiesbaden soll mit einem Mietradsystem ein modernes, jugendgerechtes und ökologisch sinnvolles Mobilitätsangebot schaffen und damit einen weiteren Schritt in Richtung nachhaltiger Stadtentwicklung gehen.

Protokollnotiz Nr. 0030

Der Antrag des Jugendparlaments vom 26.06.2025 wird in der folgenden Fassung angenommen:

1. Der Ausschuss für Mobilität möge beschließen,

Der Magistrat wird gebeten,

ein öffentlich zugängliches Mietradsystem in Wiesbaden einzuführen. Dieses soll möglichst flächendeckend in allen Stadtteilen verfügbar sein und insbesondere an Knotenpunkten des öffentlichen Nahverkehrs, Bildungseinrichtungen, sowie in der Innenstadt eingerichtet werden.

2. *Das Jugendparlament wird zur Thematik, parallel zur Beratung des Antrages in den Gremien, Kontakt mit den Fraktionen aufnehmen.*

Dem Vorsitzenden des Ausschusses für Mobilität Wiesbaden, . . . 2025
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung zu Ziffer 1

Musa Yolver
Vorsitzender